Signatur: 2025.SR.0252

Geschäftstyp: Interpellation

Erstunterzeichnende: Nik Eugster (FDP)

Mitunterzeichnende: Chantal Perriard, Oliver Berger, Simone Richner, Corina Liebi,

Janina Aeberhard, Ursula Stöckli, Béatrice Wertli, Thomas Hofstetter, Laura Curau, Andreas Egli, Janosch Weyermann, Stephan Ischi, Ueli Jaisli, Bernhard Hess, Michael Ruefer, Francesca Chuk-

wunyere

Einreichedatum: 28. August 2025

Dringliche Interpellation: Kann der Verein Dampfzentrale Bern den Leistungsvertrag 2024-2027 noch erfüllen?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- 1. Geht der Gemeinderat davon aus, dass der Verein Dampfzentrale Bern den noch bis Ende 2027 laufenden Leistungsvertrag unter den aktuell gegebenen Umständen noch wird erfüllen können?
- 2. Wie regelmässig wird die aktuelle finanzielle Situation des Vereins Dampfzentrale Bern analysiert und geht der Gemeinderat davon aus, dass der Kostendeckungsgrad von mindestens 20% trotz den aktuellen Turbulenzen weiterhin erwirtschaftet werden kann?
- 3. Der Leistungsvertrag verlangt in Artikel 2, dass der Verein politisch ungebunden ist. Wie schätzt der Gemeinderat die Erfüllung dieses Artikels aufgrund der neuen Zusammenstellung des Vorstandes ein? Interveniert der Gemeinderat diesbezüglich, um eine Erfüllung von Artikel 2 auch künftig zu gewährleisten?

Begründung

Die Stadt Bern hat mit dem Verein Dampfzentrale Bern einen Leistungsvertrag für die Jahre 2024 bis 2027 abgeschlossen https://www.bern.ch/themen/kultur/foerderung/kulturhaeuser-mitmehrjahresvertraq/leistungsvertraege-2024-2027 /leistungsvertraege-2024-2027/dampfzentrale-2024-2027.pdf). Am Montag, 25. August 2025 kam es zum Eklat im Verein. Der bisherige Vorstand trat geschlossen zurück und die Vereinsversammlung wählte einen neuen Vorstand mit Exponentinnen aus Kultur und linken Parteien. Die Berner Zeitung zitiert ein langjähriges Mitglied: «Der Verein wurde gekapert, es war wie in einem schlechten Piratenfilm.» (https://www.bernerzeitung.ch/bern-dampfzentrale-vorstand-tritt-geschlossen-zu rueck-968845187253).

Es stellt sich nun die Frage, ob es aufgrund der turbulenten Ausgangslage, die von Misstrauen, Machtkämpfen und Meinungsverschiedenheiten geprägt ist, überhaupt noch möglich ist, den aktuellen Leistungsvertrag zu erfüllen. So wird zum Beispiel in Artikel 18 des Leistungsvertrages einen Kostendeckungsgrad von durchschnittlich mindestens 20% gefordert. Es ist zu befürchten, dass die aktuellen Turbulenzen zu Mindereinnahmen führen, die schlussendlich den Kostendeckungsgrad unter diesen Wert drücken könnten. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt Bern diese Entwicklung genügend eng begleitet, um allfällige finanzielle Probleme antizipieren zu können. Da die Auszahlung der Betriebsbeiträge vierteljährlich erfolgt, müsste eine rasche Anpassung möglich sein.

Auch inhaltlich stellt sich die Frage, ob der Verein Dampfzentrale Bern überhaupt noch imstande ist, den aktuellen Leistungsvertrag zu erfüllen. Aufgrund der aktuell angespannten Lage ist es nicht möglich, dass die Stat Betriebsbeiträge an Vereine bezahlt, welche ihrem Leistungsauftrag nicht nachkommen.

Dass der Leistungsvertrag bereits jetzt verletzt wird, ist zum Beispiel bei genauerer Betrachtung von Art 2 zu erkennen. Dieser verlangt, dass der Verein politisch ungebunden ist. Dies kann z.B. garantiert werden, indem Vertreter:innen aus möglichst vielen unterschiedlichen politischen Parteien und politisch neutrale Personen in leitende Gremien wie Vorstand und Geschäftsleitung eingebunden werden. Die Zusammensetzung des neuen Vorstandes zeichnet jedoch ein anderes Bild: Bezüglich politisch exponierter Persönlichkeiten wurden nur ehemalige und aktuelle Stadträtinnen linker Parteien gewählt. Artikel 2 wird aus Sicht der Interpellanten nicht mehr erfüllt und es stellt sich die Frage, wie der Gemeinderat darauf reagiert.

Dringlichkeit

Kurze Begründung:

Die Frage betrifft einen sehr kurzen Zeithorizont bis Ende 2027. Falls der Leistungsvertrag nicht mehr erfüllt würde, müsste rasch reagiert werden, damit nicht ungerechtfertigte Betriebsbeiträge ausbezahlt und somit der Stadt ein Schaden zugefügt würden.